

Telefonüberwachung ohne Kontrolle - Wie ahnungslose Bürger ausgeforscht werden

AUTOREN: Chris Humbs und Marcus Weller



Wie oft haben Sie heute schon privat telefoniert? Sie finden, das geht mich nichts an? Finde ich auch. Aber vielleicht denken Sie doch noch mal darüber nach, mit wem und worüber.

Das geht mich auch nichts an - das geht eigentlich niemanden was an. Aber: Die Polizei ist oft neugieriger als das Gesetz erlaubt. Auch wenn Sie überzeugt sind, kein Ermittler, kein Fahnder könne sich für Sie, gerade für Sie interessieren - vielleicht haben Sie das Pech, jemanden zu kennen, auf den ein kleiner Verdacht gefallen ist.

Chris Humbs und Marcus Weller aus der schönen illegalen Welt unseres großen lauschenden Bruders.

Es kann jeden treffen - Mitten in Deutschland - immer und überall.

Die Telefonüberwachung. Eine Ermittlungsmethode die sich nicht nur bei den Geheimdiensten großer Beliebtheit erfreut. Vor allem die Polizei nutzt sie, um Schwerverbrechern auf die Spur zu kommen.

Die Telefonüberwachung ist bei der Polizei so beliebt, dass sie sich in den letzten Jahren mehr als verfünffacht hat.

Ein Beispiel: Mesfin Tesfation aus Erlangen geriet ins Visier der Drogenfahnder, obwohl er selbst für die Kripo arbeitet: als Übersetzer.

Mesfin Tesfation:

"Ich hab einmal gehört Stimme kam mir bekannt vor und noch mal hab ich gehört, können sie mir zurückspulen, will ich noch mal hören. Hab ich zwei, dreimal angehört Stimme von meiner Frau. Hab ich gesagt tun sie weiter Tonband und dann hab ich meine Stimme gehört noch mal. Und das ist für mich, komische Sache ist für mich wir haben mit meiner Frau persönliche Privatsachen gesprochen."

Mesfin Tesfation ist unschuldig. Und trotzdem ist er in eine Überwachung hineingerutscht. Um solche Fehler zu verhindern und die Grundrechte seiner Bürger zu schützen hat der Gesetzgeber eine Sicherung eingebaut: den Richter. Der wiederum darf eine Telefonüberwachung nur dann anordnen, wenn unter anderem eine besonders schwere Straftat, eine sogenannte Katalogtat, wie zum Beispiel Mord, Menschenhandel oder schwere Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz vorliegen.

Doch die gesetzlichen Vorgaben werden nur selten eingehalten. Das zeigt eine Studie der Uni Bielefeld. Das erschreckende Ergebnis: Dreiviertel aller überprüften Abhör-Verfahren war ungesetzlich, viele Richter pfuschen:

Otto Backes:

"Sie begründen keinen Tatverdacht, sie erwähnen manchmal noch nicht einmal die Katalogtat und vor allem sie prüfen nicht die Rechte des Beschuldigten, ob das hier verhältnismäßig war, hier mit einer Telefonüberwachung zu reagieren."

Der Richter als Schutz vor Willkür - wenn's ums abhören geht versagt er. Fast jeder Antrag der Ermittlungsbehörden wird von den Richtern unterschrieben - mehr oder weniger ungeprüft:

Otto Backes:

"Das heißt man kann die Maßnahme in einem sehr weiteren Feld, viel größeren Feld einsetzen, als der Gesetzesgeber der Staatsanwaltschaft und der Polizei konzidiert hat."

"Das ist aber illegal."

"Ja. Es geht über das Gesetz hinaus, insofern fehlt es an der legalen gesetzlichen Grundlage dafür."

Illegal und unkontrolliert werden in der Bundesrepublik tausende Menschen belauscht. Dabei sind die wenigsten Betroffenen tatsächlich Kriminelle. Gegen die meisten liegt noch nicht einmal ein Tatverdacht vor. Der Staat schnüffelt hemmungslos, ohne auf die Grundrechte seiner Bürger zu achten.

Unter kritischen Richtern ist diese fatale Entwicklung längst bekannt. Dierk Helmken hat selbst Beschlüsse zur Telefonüberwachung kontrolliert. Für ihn ist die gängige Praxis seiner Kollegen ein Skandal.

Dierk Helmken:

"Wenn sie das Verfahren nicht genehmigen wollen, dann haben sie erstens die Pflicht die Akten durchzulesen, sie müssen abwägen und dann müssen sie sorgfältig begründen, warum sie diesen Antrag der Staatsanwaltschaft nicht genehmigen wollen. Das heißt also wir haben hier als erstes das, was ich den Trägheitseffekt nenne. Auch wir Richter sind keine Helden in stattdessen kann man unterschreiben und einer Unterschrift kann man nicht ansehen ob vorher sorgfältig geprüft wurde und abgewogen wurde."

Hoher Zeitdruck und zu geringe Sensibilität für die Grundrechte hebeln die Kontrolle durch die Richter aus.

Dierk Helmken:

"Wenn wir mal davon ausgehen, dass wir heutzutage circa 4.000 Strafverfahren haben mit Abhörmaßnahmen und wenn wir amerikanische Erkenntnisse zugrunde legen und davon ausgehen, dass wir gewisse Anzahl von Personen reinrufen in die Maßnahme, dann haben sie etwa 500 grobgerechnet 500.000 Opfer."

Jährlich werden also eine halbe Million völlig unverdächtige Bürger belauscht. Abhörpfer, die nichts davon wissen obwohl des Gesetz als zusätzliche Kontrolle eine Benachrichtigung der Abgehörten zwingend vorschreibt.

Familie Tesfation hat nur durch Zufall von dem Lauschangriff gegen sie erfahren
- offiziell informiert hat man sie nicht.

Mesfin Tesfation:

"Welche Telefon angezapft wurde, bis jetzt weiß ich überhaupt nichts. Von niemandem hab ich etwas gehört. Auch von der amtlich hier offiziell hat mir niemand berichtet."

Ton Otto Backes:

"Wir haben in unserer Untersuchung festgestellt, dass nur in 3% der Fälle ausdrücklich die Benachrichtigung erfolgte, in 50% der Fälle haben die Staatsanwälte gesagt, in dem Verfahren war ein Verteidiger der wird's schon richten, der wird seinem Mandanten das ja gesagt haben und in allen andern Fällen haben wir keinerlei Hinweise darauf, dass jemand benachrichtigt worden ist."

Die Staatsanwaltschaft glaubt nicht benachrichtigen zu müssen, weil sich so gut wie niemand am Telefon mit seiner vollen Anschrift meldet. Und Ermittlungen um die Adresse des Anrufers herauszufinden wären schlicht zu aufwendig.

Im Kommentar des Gesetzes heißt es aber: es sind grundsätzlich alle Beteiligten zu benachrichtigen ...UND ..die Strafverfolgungsorgane haben die Pflicht diese zu ermitteln.

Dazu ein Staatsanwalt:

Johannes Mocken:

"Es gibt Richtlinien, die sich auch mit der Frage der Benachrichtigung der Betroffenen befassen. Allerdings haben Richtlinien in sich ja den Gedanken, daß man sie nicht sklavisch anwenden kann."

Otto Backes:

"Immer wenn jemand benachrichtigt wird und sich dann nicht erklären kann, in welchem Zusammenhang er da in diese Sache reingeraten ist, dann wird er sich beschweren und jede Beschwerde macht Arbeit. Und das will man nicht und deswegen benachrichtigt man nicht."

Dierk Helmken:

"Wie mir die Zahlen bekannt sind, gehören wir zu den abhörungsfreudigsten Nationen auf der Welt überhaupt und wir haben soweit ich weiß enorme Steigerungsraten. Und ich glaube, dass das der Gesetzgeber ursprünglich nicht bedacht hat, dass wir diese Möglichkeit so häufig einsetzen."

"Das heißt wir bewegen uns in Richtung Überwachungsstaat?"

"Ja, kann man so sagen. Jedenfalls wir brauchen irgendwelche Kontrollmöglichkeiten."

Und niemand protestiert - denn so gut wie niemand erfährt je von den geheimen Überwachungsmethoden. Und wenn dann nur durch Zufall.

Mesfin Tesfation:

"...anhören was man geredet hat, das find ich nicht richtig, das ist ungerecht diese ganze Sache."